

Über gesellschaftlichen Wandel, AIDS und die Beurteilung der Homosexualität als moralisches Vergehen

Eine Trendanalyse von Bevölkerungsumfragen der Jahre 1970 bis 1987

Karl Heinz Reuband

Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Universität zu Köln, Bachemer Str. 40, D-5000 Köln 41

Zusammenfassung: Auf der Grundlage bundesweiter Umfragen aus den Jahren 1970, 1982 und 1987 wird die Beurteilung der Homosexualität untersucht. Danach ist der Liberalisierungstrend, der in den 70er Jahren zu beobachten war, in den 80er Jahren zu einem Stillstand gekommen. Das Auftreten von AIDS und das Überwiegen von Homosexuellen unter den AIDS-Kranken hat vermutlich zu einem gewissen Umkehrtrend in der Beurteilung geführt. Von einer dramatischen Veränderung der Situation und einer Renaissance früherer Verhältnisse ist jedoch nichts zu erkennen. Überproportional beteiligt sind an der veränderten Bewertung vor allem die jüngeren Befragten: sie sind wichtige Träger der Liberalisierung in den 70er Jahren. Sie aber scheinen es auch zu sein, die unter dem Eindruck der AIDS-Gefährdung in den 80er Jahren die Homosexualität wieder stärker moralisch verurteilen.

1. Einleitung

In den letzten Jahren ist AIDS in einer geradezu dramatischen Weise zum Thema der öffentlichen Diskussion geworden. Es zählt inzwischen zu den wichtigsten gesundheitspolitischen Problemen und wird in der Zukunft in dieser Hinsicht zweifellos noch an Bedeutung gewinnen. Von Anfang an galten die Homosexuellen als die wichtigste „Risikogruppe“ für AIDS – sie macht mit mehr als 70% den Hauptteil der Kranken aus. An zweiter Stelle stehen mit einem weitaus geringeren Prozentsatz die Drogenabhängigen, gefolgt von den Hämophilen. Die „Normalbevölkerung“, die weder in die eine noch die andere „Risikokategorie“ fällt, stellt nach wie vor eine Minderheit von weniger als 5% dar (AIDS-Nachrichten 1988: 8).

Das Überwiegen der Homosexuellen unter den AIDS-Kranken ist geeignet, der Homosexualität das Stigma von Pathologie und Bedrohung wiederzubringen, das ihr lange Zeit anhaftete: Noch in den 60er Jahren wurde Homosexualität unter Männern in der Bundesrepublik strafrechtlich geahndet. In anderen Ländern gilt sie weiterhin als strafwürdiges Verhalten. In dem Maße, wie sich die Krankheit ausbreitet und die Verunsicherung zunimmt, könnten die Homosexuellen zum Symbol für die Bedrohung durch AIDS werden; eine Ausgrenzung im Alltag könnte stattfinden. Isolierung und Diskriminierung leichter durchsetzbar sein und um sich greifen (so z. B. Schmidt 1988: 177). Manche Autoren vermuten gar, daß „auf dem Rücken von AIDS eine Kampagne gegen das Sexuelle, darüber hinaus gegen gesellschaftliche Randgruppen ... geführt wird. ... Die Homo-

sexuellen stehen für einen Moment wieder deutlich an dem gesellschaftlichen Rand, an dem sie in Wahrheit immer standen“ (Reiche 1988: 144).¹

2. Methodisches Vorgehen

Wie sehr sich im Gefolge der AIDS-Epidemie und -Diskussion das Bild der Homosexualität in der Bundesrepublik gewandelt hat und die moralische Empörung darüber gestiegen ist, wissen wir nicht. Es gab bislang keine Arbeiten, welche eine entsprechende Analyse der Bevölkerungmeinung über Zeit bieten. Im folgenden soll über Ergebnisse einer eigenen Studie berichtet werden, die erstmals für die Zeit vor und nach Beginn der öffentlichen AIDS-Diskussion in der Bundesrepublik (ab etwa 1984/85) Befunde zur gesellschaftlichen Bewertung von Homosexualität liefert. Grundlagen für die Einschätzung des gesellschaftlichen Wandels infolge der AIDS-Epidemie sind zwei von uns durchgeführte bundesweite Erhebungen der erwachsenen Bevölkerung der Bundesrepublik ab 18 Jahren von Mai/Juni 1982 und Dezember 1987 mit rund 1000 bzw. 2000 Befragten. Die hierbei verwendeten Fragen stellen Replikationen von Fragen dar, die erstmals 1970 im Rahmen einer reprä-

¹ Die Art und Weise, in der die Gesellschaft reagiert, dürfte für das Verhalten der Homosexuellen nicht ohne Bedeutung bleiben. Ein zunehmender Rückzug in die private Subkultur und Abschottung gegenüber der „konformen“ Welt wäre als eine Folge zunehmender Ausgrenzung wahrscheinlich (dazu siehe auch Farrell und Nelson [1976]).

sentativen Bevölkerungsstudie zu abweichendem Verhalten und Rechtsbewußtsein (Kaupen et al. 1970) eingesetzt wurden. In Kombination mit dieser älteren Erhebung und unter Rückgriff auf deren Originaldatensatz sind wir in der Lage, unsere zeitliche Perspektive auszuweiten und langfristige Prozesse des Wandels zu ermitteln. Wir können ermesen, wie sehr der Wandel in der neueren Zeit eine schon länger wirkende Veränderung in der Einstellung zur Homosexualität abbildet oder einen neuen Trend signalisiert. Mit unserer Untersuchung liefern wir einen ersten Beitrag zur Analyse der Auswirkungen von AIDS auf das gesellschaftliche Gefüge und – für die Soziologie abweichenden Verhaltens – zur Frage der Variabilität gesellschaftlicher Zuschreibungsprozesse.

Die Fragen zur Bewertung von Homosexualität sind in den drei Erhebungen von 1970, 1982 und 1987 Bestandteil eines Katalogs von Fragen zur Beurteilung verschiedener Formen abweichenden und z. T. auch strafrechtlich geahndeten Verhaltens. Diese Einbettung in einen thematisch umfassenderen Kontext von Verhaltensbeschreibungen ermöglicht es, Konstanz und Wandel in der Einschätzung der Homosexualität mit Veränderungen in der Bewertung anderer Verhaltensweisen in Beziehung zu setzen. Wir können erfassen, wie sehr die beobachtete Veränderung in der Bewertung allein für das Phänomen der Homosexualität typisch (und damit vermutlich durch die AIDS-Diskussion mitgeprägt) ist oder einen allgemeinen Trend zum vermehrten „Law-and-Order“-Denken und zunehmender Intoleranz gegenüber gesellschaftlichen Abweichungen repräsentiert. Die drei Umfragen basieren jeweils auf einer Randomstichprobe der erwachsenen Bevölkerung der Bundesrepublik. Die Datenerhebung für die erste Studie von 1970, die uns als „baseline“-Studie dient, erfolgte durch das Institut für angewandte Verbraucherforschung (Köln). Die Datenerhebung für die zweite Erhebung lag bei Infratest (im Rahmen des ZUMABUS), und die für die dritte bei GETAS.²

² Die 1970er Erhebung des Arbeitskreises für Rechtssoziologie wurde unter Rückgriff auf den Originaldatensatz einer Sekundäranalyse unterzogen. Der Datensatz ist im Zentralarchiv für empirische Sozialforschung der Universität zu Köln unter der Nummer 1643 archiviert. Unsere Replikationsstudie von 1982 wurde vom National Institute on Drug Abuse (USA), die von 1987 durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Köln) finanziert. Beide Replikationsstudien sind thematisch umfassender, als Studien über Einstellungen zum abweichenden Verhalten (unter besonderer Berücksichtigung des Drogenkonsums), angelegt.

3. Veränderungen in der Einschätzung der Homosexualität

Die Frage zur Bewertung der Homosexualität ist in einen Kontext von Fragen zu verschiedenen Formen von Verhalten gestellt: „Ich hätte jetzt gerne von Ihnen eine Beurteilung verschiedener Verhaltensweisen. Ich lese Ihnen nun verschiedene Fälle vor und würde gerne dazu Ihre Meinung wissen. Sagen Sie mit bitte für jeden Fall, ob Sie persönlich das beschriebene Verhalten sehr schlimm, ziemlich schlimm oder nicht so schlimm finden.“ Neben der Beurteilung von Steuerhinterziehung, Diebstahl am Arbeitsplatz, Haschisch- und Heroingebrauch wurde auch die Beschreibung vorgegeben „Ein Mann hat homosexuelle Beziehungen zu einem anderen Mann“. In einer Folgefrage wurde dann das Strafverlangen ermittelt: Wäre der Befragte Richter, wie würde er handeln? Die Liste mögli-

Tabelle 1 Beurteilung der Homosexualität im Zeitverlauf (in Prozent).

Beurteilung	Jahr		
	1970	1982	1987
Sehr schlimm	29	12	14
Ziemlich schlimm	24	16	21
Nicht so schlimm	40	64	56
Weiß nicht, keine Angabe	7	8	9
(N =)	100 (1098)	100 (1993)	100 (987)

Frageformulierung: „Ich hätte gerne von Ihnen eine Beurteilung verschiedener Verhaltensweisen. Ich lese Ihnen nun verschiedene Fälle vor und würde gerne Ihre Meinung dazu wissen. Sagen Sie mir bitte für jeden Fall, ob Sie persönlich das beschriebene Verhalten sehr schlimm – ziemlich schlimm – oder nicht so schlimm finden... Ein Mann hat homosexuelle Beziehungen zu einem anderen Mann.“

Für die hier im folgenden ausgewiesenen Tabellen gilt, daß für 1982 und 1987 die ungewichtete Stichprobe verwendet wird, für die 1970er Erhebung jedoch die gewichtete. Eine Gewichtung ist notwendig, um die gezielte Überrepräsentation der erwerbstätigen Frauen in dieser Stichprobe auszugleichen. Zu diesem Zweck wurde eine Gewichtung nach der Merkmalskombination Geschlecht – Alter (in 10 Jahreskategorien) – Erwerbstätigkeit (Ja/Nein) in Anlehnung an Statistiken des Statistischen Bundesamtes vorgenommen.

cher Strafen reicht von keiner Strafe über Verwarnung zu Geldstrafen bis hin zu Haftstrafen.

Wie man Tabelle 1 entnehmen kann, ist die Mehrheit der Bevölkerung heutzutage der Meinung, Homosexualität wäre „nicht so schlimm“. Eine Minderheit hält sie für sehr schlimm oder ziemlich schlimm, und weniger als ein Zehntel weiß sich

dazu nicht zu äußern. Vergleicht man die Angaben für die 80er Jahre, so zeigt sich, daß sich die globale Bewertung in dieser Zeit weitgehend konstant gehalten hat. Die Zahl derer, die das Verhalten als „sehr schlimm“ oder „ziemlich schlimm“ ansehen, hat sich nur geringfügig erhöht – am wenigsten ist die emphatische Ablehnung („sehr

Tabelle 2 Strafverlangen bei Homosexualität im Zeitverlauf (in Prozent).

Strafverlangen	Jahr		
	1970	1982	1987
Freispruch	41	67	67
Verwarnung	17	15	16
Geldstrafe an das Rote Kreuz	6	4	3
Geringe Geldstrafe	4	1	1
Höhere Geldstrafe	8	2	3
Gefängnis mit Bewährung	6	3	2
Gefängnis ohne Bewährung	6	3	2
Sonstiges	1	2	2
Weiß nicht, keine Angabe	11	3	4
	100 (1098)	100 (1993)	100 (987)

Frageformulierung: „Und jetzt hätte ich gerne gewußt, welche Strafe Sie persönlich in den einzelnen Fällen verhängen würden, wenn Sie Richter wären (Listenvorgabe)... Ein Mann hat homosexuelle Beziehungen zu einem anderen Mann.“

Wo Geldstrafen vorgegeben wurden, mußte eine Anpassung an die Veränderungen des Einkommens über Zeit vorgenommen werden. Die DM-Beträge variieren deshalb absolut; relativ zum Einkommen sind sie konstant. Die Geldstrafe an das Rote Kreuz beläuft sich in den einzelnen Erhebungen auf einen Wert von 50 DM (1970), 100 DM (1982), 120 DM (1987); der hier als „gering“ ausgewiesene Geldbetrag auf 100 DM (1970), 200 DM (1982), 250 DM (1987, der hier als „höher“ ausgewiesene Geldbetrag auf 500 sowie 1000 DM (1970), „mehr als 200 DM“ (1982), „mehr als 250 DM“ (1987). Die verschiedenen Formen für Gefängnis mit bzw. ohne Bewährung sind in der Tabelle jeweils zu einer Kategorie zusammengefaßt. Die Kategorie „Zuchthaus“ ist im Jahre 1970 „Gefängnis ohne Bewährung“ zugeordnet.

Die Strafen in den einzelnen Erhebungen lauten 1970: Freisprechen (keine Strafe) – Verwarnung, Ermahnung – 50 DM Buße an das Rote Kreuz – 100 DM Geldstrafe – 500 DM Geldstrafe – 1000 DM Geldstrafe – 1 Woche Gefängnis mit Bewährung – 1 Monat Gefängnis mit Bewährung – 1 Monat Gefängnis ohne Bewährung – 6 Monate Gefängnis ohne Bewährung – mehr als 6 Monate Gefängnis ohne Bewährung – Zuchthaus. 1982: Freisprechen (keine Strafe) – Verwarnung, Ermahnung – 100 DM Buße an das Rote Kreuz – 200 DM Geldstrafe – mehr als 200 DM Geldstrafe – Gefängnis (weniger als 6 Monate) mit Bewährung – Gefängnis (weniger als 6 Monate) ohne Bewährung – Gefängnis (mehr als 6 Monate) ohne Bewährung. 1987: Freisprechen (keine Strafe) – Verwarnung, Ermahnung – 120 DM Buße an das Rote Kreuz – 250 DM Geldstrafe – mehr als 250 DM Geldstrafe – Gefängnis (weniger als 6 Monate) mit Bewährung – Gefängnis (weniger als 6 Monate) ohne Bewährung – Gefängnis (mehr als 6 Monate) ohne Bewährung.

schlimm“) davon betroffen, in etwas stärkerer Form die abgemilderte Ablehnung („ziemlich schlimm“). Von einer grundlegenden Neubewertung der Homosexualität im Gefolge der AIDS-Diskussion kann bislang nicht die Rede sein.

Für eine weitgehende Konstanz in der Bewertung innerhalb der 80er Jahre sprechen auch Befunde zum Strafverlangen (Tabelle 2): Der Anteil derer, die in diesem Falle eine Strafe befürworten, liegt mit 11–13% auf einem konstant niedrigen Niveau. Die Tatsache, daß die Homosexualität unter erwachsenen Männern aus dem Strafgesetzbuch als strafwürdige Verhaltensweise gestrichen ist, könnte u. U. zum Teil diese Konstanz erklären: Befragte werden bei Verhaltensweisen, die nicht strafrechtlich geahndet werden, womöglich weniger in den Kategorien des fiktiven strafrechtlichen Sanktionspotentials denken. Völlig außerhalb der Beachtung bleibt es jedoch wohl nicht: auch wenn eine Sanktionsform rechtlich nicht besteht, beziehen viele Personen sie in ihren Katalog möglicher Sanktionen mit ein.³ Aus dieser Sicht gesehen erscheint uns die Stabilität im verbal bekundeten

Sanktionsverlangen Ausdruck einer tatsächlichen Konstanz im Bestrafungsbedürfnis. In dem Maße, wie sich AIDS ausbreitet und die Krankheit als Schuld spezifischer Risikogruppen interpretiert wird, könnte sich die Situation in der Zukunft jedoch ändern. Die Bundesrepublik befindet sich schließlich derzeit noch am Beginn der AIDS-Epidemie. Die 1987er Daten bilden die Momentaufnahme eines Phänomens ab, das in erheblichem Maße durch ein Dynamikpotential gekennzeichnet ist.⁴

Wie immer man auch die Veränderungen innerhalb der 80er Jahre einschätzen mag – im langfristigen Vergleich gesehen ist die heutige Beurteilung der Homosexualität liberaler als zu Beginn der 70er Jahre. Von einer Rückkehr in traditionelle Verhältnisse ist man anscheinend weit entfernt. Noch im Jahre 1970 hielten 53% der Bevölkerung Homosexualität für ein „sehr schlimmes“ oder „ziemlich schlimmes“ Verhalten; für eine Sanktionierung über eine Geldstrafe oder Gefängnisstrafe plädierten 30% – mehr als doppelt so viele wie in der heutigen Zeit. Dieser Wandel, hinweg von einem Strafverlangen, scheint, wie andere Daten nahelegen, Bestandteil einer langfristigen Liberalisierung zu sein. Der Liberalisierungstrend hat dabei vermutlich schon den den 60er Jahren eingesetzt und so direkt ein Klima begünstigt, welches zur Abschaffung der Bestrafung von Homosexualität gegen Ende der 60er Jahre mit beitrug. Umfragen von 1949, 1963 und 1976 (lediglich in Aufgliederungen für verheiratete Männer verfügbar) belegen für die Zeit zwischen Ende der 40er und Beginn der 60er Jahre einerseits und besonders der Zeit zwischen 1963 und 1976 andererseits einen Rückgang in der Beurteilung des Verhaltens als „Laster“. 1949 waren 53% dieser Meinung, 1963 sind es nur noch 47% und 1976 25%. Parallel dazu gewinnt die Zuschreibung des „Krankheits“-Etiketts an Bedeutung. Schließlich gibt es mehr Menschen, die Homosexualität als Krankheit statt als Laster bezeichnen. Die Zuschreibung hat sich im Laufe der Zeit komplett umgekehrt. Der Kreis derer, die die Homosexualität als eine „natürliche Sache“ begreifen, nimmt dagegen nur unwesentlich in diesem Zeitraum zu und vereint weiterhin nur eine Minderheit auf sich: Im Jahre 1963 sind es 5%, im Jahre 1976 13% (dazu Noelle-Neumann 1977: 144).

Ob ein Verhalten primär als „Laster“ oder als „Krankheit“ gesehen wird, ist für die Reaktion der Umwelt nicht irrelevant. Mag auch der Deviante in beiden Fällen als Person gesehen werden, die sich außerhalb der „Normalität“ der Gesellschaft befin-

³ Nimmt man die 1970er Umfrage, in der die empirische Beurteilung der Verhaltensweisen einerseits und die Kenntnis ihrer Strafbarkeit andererseits erfragt wurde, so ergeben sich zwar Zusammenhänge: Wer das Verhalten als Verstoß gegen Strafgesetze bezeichnet, ist auch eher bereit, das Verhalten als schwerwiegend einzustufen und härtere Strafen zu fordern. Vermutlich drückt sich in diesem spezifischen Zusammenhang jedoch nur primär eine Neigung aus, die eigene Normalität durch Verweis auf die Illegalität des Verhaltens kognitiv zu bekräftigen. Es handelt sich mehr um eine Projektion eigener Orientierungen als um eine Anlehnung an vorgegebene Gesetzesbestimmungen. Veränderungen in der Gesetzgebung müßten sich deshalb nicht notwendigerweise auf die eigene Schwereinstufung auswirken. Im übrigen gibt es hinreichend Hinweise dafür, daß Befragte sehr wohl gewillt sind – etwa im Hinblick auf die Befürwortung der Todesstrafe (Reuband 1980) –, sich für Strafen auszusprechen, die im Gesetzgebungskanon nicht vorhanden sind.

⁴ Selbst für die USA mit einer nunmehr schon längeren „Beunruhigung“ durch AIDS scheint die Meidung von Homosexuellen als Reaktion auf AIDS bislang selten zu sein. So geben lediglich 8% der Befragten an, sie würden nun Homosexuelle stärker meiden, weitere 4% haben es vor (Gallup 1988: 46). Allerdings geben 43% zugleich an, sie würden Kontakten mit AIDS-Verdächtigen ausweichen oder sie in Zukunft meiden (Gallup 1987: 9). In dem Maße, wie Homosexualität mit AIDS-Erkrankung gleichgesetzt würde, müßte man nach diesen Zahlen mit einer erheblichen Ausweitung des Distanzverhaltens gegenüber Homosexuellen rechnen.

det und einer Modifikation des eigenen Lebenswandels bedarf, so bedeutet die Zuschreibung des Krankheitskonzepts doch zugleich eine gewisse Entlastung (dazu siehe Parsons 1951: 428ff.): der Abweichter von den gesellschaftlichen Normen wird nicht primär in moralischen Kategorien und dementsprechend nicht mehr unter dem Aspekt von Schuld und Sühne, Vergehen und Sanktion gesehen. Aus dieser Sicht muß sich der Wandel hin zu einem Krankheitsetikett langfristig auch in einer veränderten Schwereinschätzung unter moralische Perspektive niederschlagen. Unsere eigenen Daten, die einen Liberalisierungstrend für die Zeit der 70er Jahre belegen, können deshalb in gewissem Maße als ein Reflex der veränderten Ursachenzuschreibung und Teil eines bereits vorher schon eingeleiteten Trends interpretiert werden.

4. Die Bewertung der Homosexualität im Kontext anderer abweichender Verhaltensweisen

Der Liberalisierungstrend in der Haltung zur Homosexualität scheint gegen Mitte der 80er Jahre zu

einem gewissen Stillstand gekommen zu sein und durch einen – bislang noch leichten – gegenläufigen Trend ersetzt zu werden. Dies könnte durch die zwischenzeitlich eingetretene Angst vor AIDS und die Wahrnehmung der Homosexuellen als „Hauptrisikogruppe“ für AIDS mitbedingt sein. Es könnte aber auch Folge eines generellen Wandels in der Einstellung gegenüber Verhaltensweisen sein, die gegenüber den gesamtgesellschaftlichen Normen als abweichend verstanden werden. Es könnte sein, daß das „Law-and-Order“-Denken und eine zunehmende Intoleranz gegenüber Abweichung an Bedeutung gewonnen haben und der Wandel in der Einschätzung der Homosexualität lediglich diesen allgemeinen Trend widerspiegelt. Wenn dies stimmt, müßten sich analoge Veränderungen in der Schwereinschätzung anderer abweichender Verhaltensweisen ergeben. Da die Frage zur Homosexualität in den Erhebungen in einen umfassenderen Fragekatalog zur Beurteilung abweichender Verhaltensweisen eingebettet wurde, können wir die Hypothese testen. Als Vergleichsdelikte, die gewissermaßen die „Ankerreize“ für die Beurteilung bilden, dienen Steuerflucht, Diebstahl aus der eigenen Firma, Haschisch- und Hero-

Tabelle 3 Beurteilung verschiedener Verhaltensweisen als „sehr schlimm“ oder „ziemlich schlimm“ im Zeitverlauf (in Prozent).

Art des Delikts	Jahr			% Diff.	
	1970	1982	1987	70–82	82–87
Homosexualität	53	28	35	- 25	+ 7
Haschischkonsum	81	85	78	+ 4	- 7
Heroinkonsum	*	98	95	*	- 3
Diebstahl am Arbeitsplatz	90	90	92	0	+ 2
Steuerflucht	69	82	86	+ 13	+ 4

* nicht erhoben

Ausgewiesen ist der Anteil für „sehr schlimm“ und „ziemlich schlimm“. Personen mit Antworten „nicht so schlimm“ oder „keine Meinung“ sind hier (und in den folgenden Tabellen) nicht explizit aufgeführt. Sie machen jeweils die Differenz zu 100% aus.

Deliktformulierungen: „Ein Mann hat homosexuelle Beziehungen zu einem anderen Mann – Studenten feiern eine Party, bei der Haschisch geraucht wird – Ein 25jähriger Mann injiziert sich mehrmals in der Woche Heroin – Ein Arbeiter entwendet Material im Wert von ... aus der Firma, weil er es zu Hause gebrauchen kann – Ein Geschäftsmann bringt einen Teil seines Vermögens, sagen wir DM..., ins Ausland, um keine Steuern zahlen zu müssen.“

Bei den DM-Angaben mußte jeweils eine Anpassung an die Einkommensentwicklung vorgenommen werden, um die jeweiligen Stimuli funktional äquivalent zu halten (siehe auch die Anmerkungen zu Tabelle 2). Im Falle des Diebstahls am Arbeitsplatz handelte es sich um folgende Beträge: 500 DM (1970), 1000 DM (1982), 1200 DM (1987). Im Falle der Steuerflucht: 100 000 DM (1970), 200 000 DM (1982), 250 000 DM (1987).

inkonsum. Es handelt sich um zwei Delikte, die mit der finanziellen Schädigung Dritter verbunden sind, und zwei, welche – ähnlich wie Homosexualität – zu den sog. „Vergehen ohne Opfer“ (dazu vgl. auch Geis 1978) zählen.

Das Bild, das unser Vergleich erbringt (Tabelle 3), zeigt, daß von einer einheitlichen Entwicklung in der Beurteilung von abweichenden Verhaltensweisen sowohl für die 70er als auch für die 80er Jahre *nicht* gesprochen werden kann. Weder zeichnet sich eine allgemein steigende Tolerierung noch eine generell zunehmende Strenge ab. Von der Umkehrung eines Trends in Richtung auf eine zunehmende Liberalisierung ist ebenfalls nichts zu entdecken. Eine steigende Schwereinschätzung gibt es lediglich bei der Steuerflucht zwischen 1982 und 1987 sowie – in praktisch vernachlässigenswerter Weise – beim Ladendiebstahl. Beide Veränderungen liegen, gemessen an der Prozentpunktdifferenz, jeweils *unterhalb* derer für Homosexuelle. Es ist daher wahrscheinlich, daß deren veränderte Bewertung tatsächlich für diese spezifisch ist und keinen allgemeinen Trend zu vermehrter Intoleranz gegenüber Abweichung repräsentiert. Die Bewertung der Homosexualität stellt offenbar eine eigenständige Bewertungsdimension dar – eine, die womöglich mehr mit der Bewertung sexuellen Verhaltens zu tun hat als der Bewertung abweichenden Verhaltens per se. So mag, wie es etwa Michael Pollak vermutet, die Liberalisierung der sexuellen Sitten in den 60er Jahren mit einer Lockerung in der Verurteilung der Homosexualität einhergehen. Die Sexualität dient in beiden Fällen nicht mehr allein dem Zweck der Fortpflanzung und ist einem Prozeß der Autonomisierung unterworfen (siehe dazu Pollak 1986: 57).⁵

5. Gruppenspezifische Veränderungen – die Bedeutung von Alter und Bildung

Welche Personenkategorien sind nun an den Veränderungen über Zeit in besonderem Maße betei-

⁵ Die gleichen Prinzipien müßten auch für die Gegenwart gelten. Nicht völlig auszuschließen ist, daß bereits vor der AIDS-Diskussion Gegentrends auftraten, wie z. B. Dannecker (1988: 70) vermutet. (Da wir für die Zeit zwischen 1970 und 1982 über keine Umfragen mit den hier eingesetzten Indikatoren verfügen, sind Aussagen dazu leider nicht möglich.) Ob diese stärker sind als die Auswirkungen der AIDS-Diskussion, ist zu bezweifeln. Sollte es vorherige Gegentrends gegeben haben, so dürften sie durch die AIDS-Diskussion verstärkt worden sein.

ligt? Welche haben die Liberalisierung vorangetrieben und welche die Grenzen der Toleranz in den letzten Jahren strenger gezogen? Im folgenden wollen wir dies unter Rekurs auf einige der wichtigsten sozialstrukturellen Dimensionen – Alter und Bildung – prüfen. Welche Entwicklung eine Gesellschaft durchläuft, wird durch die nachwachsenden Generationen und die Personen mit hoher Bildung schließlich entscheidend mitgeprägt. Das kontinuierliche Auftreten neuer Generationen verschiebt langfristig das vorherrschende Einstellungsklima. Und Personen mit hoher Bildung sind über ihre Repräsentanz in staatlichen Machtpositionen und der Medien in der Lage, auf gesamtgesellschaftliche Realitätsdefinitionen einzuwirken.

Vor allem Personen in jüngerem Alter wird im allgemeinen ein besonders großes Wandlungspotential zugeschrieben. Noch wachsende Generationen werden jeweils neu mit der Realität konfrontiert und in sie sozialisiert. Jüngere sind qua Sozialisation weniger stark festgelegt (vgl. dazu Mannheim 1964: 509ff.). Tatsächlich haben, wie man Tabelle 4 entnehmen kann, an dem allgemeinen Trend in der Einstellung gegenüber der Homosexualität zwischen 1970 und 1982 Personen zwar in allen Alterskategorien teilgehabt, am stärksten jedoch die Jüngeren. Daß die Jüngeren überproportional an diesem Trend teilhaben, mag zum Teil mit der spezifischen Richtung des Wandels zusammenhängen: Es mag mit einer Folge des Aufkommens neuer Generationen sein, die nicht mehr in die traditionelle Verdammung der Homosexualität sozialisiert wurden. Doch es sind bemerkenswerterweise auch die Jüngeren, die zwischen 1982 und 1987 die Gegentendenzen überproportional stark mittragen: Bei den unter 30jährigen und den 30–39jährigen vollzieht sich ein Anstieg in der Beurteilung als „sehr schlimm“ oder „ziemlich schlimm“ um 9 Prozentpunkte, bei den 50–59jährigen lediglich um einen Prozentpunkt, den über 60jährigen um 3 Prozentpunkte.

Die generelle Offenheit der Jüngeren ist wohl nicht die einzige Erklärung für deren überproportionale Beteiligung am Umkehrtrend. Die Jüngeren sind, zumindest in der Zeit der 80er Jahre, zugleich auch stärker von den zwischenzeitlich eingetretenen veränderten Lebensumständen im Gefolge der AIDS-Epidemie betroffen: sie stellen die sexuell aktivere Population dar, die z. T. noch auf Suche nach einer festen Partnerschaft ist. Bei jedem neuen Partner wird die Frage nach der potentiellen Bedrohung aktualisiert. AIDS muß ihr Denken deshalb um so stärker prägen. Gefragt nach

Tabelle 4 Beurteilung der Homosexualität als „sehr schlimm“ oder „ziemlich schlimm“ nach sozialen Merkmalen im Zeitverlauf (in Prozent).

	Jahr			% Diff.	
	1970	1982	1987	70–82	82–87
<i>Alter</i>					
18–29	48	14	23	– 34	+ 9
30–39	48	14	22	– 34	+ 8
40–49	50	26	32	– 24	+ 6
50–59	54	39	40	– 15	+ 1
60+	63	47	50	– 16	+ 3
<i>Bildung</i>					
Volksschule	61	36	44	– 25	+ 8
Mittlere Reife	38	22	25	– 16	+ 3
Abitur	35	9	16	– 26	+ 7

der derzeit problematischsten Krankheit, nennen sie AIDS so denn auch häufiger als die Älteren und geben sich eher besorgt, der Krankheit zum Opfer zu fallen (vgl. EMNID 1987: 9f., Koch 1988). Die überproportional große Neigung der Jüngeren zur Veränderung könnte innerhalb der 80er Jahre daher – jenseits aller Offenheit für neue Trends – vor allem durch das Gefühl spezifischer Betroffenheit geprägt sein und dem Wandel die spezifische Richtung gegeben haben, die so konträr zum vorherigen Trend liegt. Ungeachtet der differentiellen Neigung zum Wandel bleibt das grundlegende Muster dennoch vorerst stabil: nach wie vor gilt, daß die Homosexualität mit sinkendem Alter um so liberaler beurteilt wird.⁶

⁶ Bedingt durch die unterschiedlichen Raten der Veränderung über Zeit variiert lediglich die Stärke des Alterseffekts: Die jüngsten und ältesten Befragten weichen in den 80er Jahren stärker voneinander ab als im Jahre 1970. Von einem anhaltenden Trend zur Altersdifferenzierung kann jedoch, wie der Vergleich 1982–1987 zeigt, nicht die Rede sein. Ähnliche Akzentuierungen bestehender Altersunterschiede über die Zeit ergeben sich im gleichen Zeitraum in den Erziehungszielen der Bundesbürger (Reuband 1988); zu analogen Trends beim Übergang in die 70er Jahre im Falle der Wahlpräferenzen siehe Allerbeck (1976). Wo eine Analyse nach Geburtskohorten vorgenommen wurde, kann man zeigen, daß diese Akzentuierung der Altersunterschiede sowohl durch den Zustrom neuerer Geburtskohorten als auch einen Intrakohortenwandel bedingt ist (Reuband 1988: 84). Ob jüngere Menschen jedoch generell stärker Wandel im Bereich von Einstellungen aufnehmen und weitertragen als andere, ist ungeklärt (siehe dazu besonders Glenn 1974).

Sind die Jüngeren diejenigen, die neue Trends am ehesten aufzunehmen scheinen (wenngleich durch spezifische Betroffenheit bedingte Ausnahmen nicht auszuschließen sind), so stellen Personen mit höherer Bildung in der Regel jene dar, die am politischen Geschehen am intensivsten teilhaben und Medien am häufigsten nutzen. Neue Trends, die durch aktuelle politische und gesellschaftliche Ereignisse ausgelöst sind, müßten bei ihnen am frühesten einsetzen, ehe sich der Wandel zeitversetzt in anderen Bildungskategorien vollzieht. Veränderungen, die diesem Muster folgen, lassen sich für die Bundesrepublik ansatzweise – u. a. bei den Erziehungszielen der Einstellung zur Todesstrafe und der Informierbarkeit in sicherheitspolitischen Fragen – nachweisen (siehe Reuband 1980, 1988, 1989).

Im Falle der Beurteilung der Homosexualität jedoch, so belegt ein Blick auf Tabelle 4, ist die Situation eine andere. Die Liberalisierung zwischen 1970 und 1982 betrifft überproportional Personen mit Volksschulbildung und solche mit Abitur; Personen mit Mittelschulbildung dagegen nehmen kaum an dieser Entwicklung teil. Vielleicht hat sich der stärkste Wandel bei den Personen mit höherer Bildung (einschließlich Mittelschulbildung) im wesentlichen bereits in den 60er Jahren vollzogen – bildet sich im beobachteten Zeitraum nur noch ein Teil des Veränderungsprozesses ab. Was wir erfassen, ist schließlich lediglich ein zeitlicher Ausschnitt. Die Veränderungen vorher müssen notgedrungen ausgeklammert bleiben. Aus eigenen Untersuchungen der Einstellung zur Todesstrafe gibt es Hinweise für einen differentiellen

Wandel, der zunächst die besser Gebildeten umfaßt, später dann die schlechter Gebildeten (Reuband 1980). In die gleiche Richtung gehen Befunde über die Informiertheit der Bürger über politische Ereignisse und Themen – je mehr Zeit seit Beginn der Diskussion vergangen ist, desto stärker scheint das Wissen schließlich nur noch in den unteren Bildungsgruppen zu diffundieren. Die höheren Bildungsgruppen haben die Informationsaufnahme bereits früher vollzogen (siehe Reuband 1989). Aus dieser Sicht könnte es sein, daß wir uns mit unseren Umfragen lediglich eine relativ späte Periode im Prozeß des Wandels abgedeckt haben.

Vielleicht aber auch kann man von einer generellen Tendenz der besser Gebildeten nicht sprechen, kulturellen Wandel am stärksten zu repräsentieren. Möglicherweise gibt es je nach Thema, Informiertheit und öffentlicher Problematisierung eine unterschiedliche Prädisposition, Einstellungsänderungen zu durchlaufen. In der Zeit zwischen 1982 und 1987 wiederholt sich – unter anderem Vorzeichen – jedenfalls das zuvor beschriebene Muster, erweisen sich die Veränderungen in der unteren und höchsten Bildungsgruppe als am stärksten. (Im Vergleich zu vorher sind die Unterschiede allerdings minimal, sind Zufälligkeiten in der Verteilung nicht ganz auszuschließen.)

Trotz differentiellen Wandels in den einzelnen Kategorien bleibt, ähnlich wie im Falle der Altersbeziehung, der grundlegende Zusammenhang zwischen Bildung und Schwereeinschätzung der Homosexualität im Kern unberührt: in allen herangezogenen Umfragen erweisen sich die besser Gebildeten als die Personen mit der größeren Toleranz. Dies gilt, wie eine Untergliederung der 1987er Umfrage belegt, auch bei Aufgliederung nach Alter bzw. Generationszugehörigkeit. Unter den 18–29jährigen z. B. beurteilen Personen mit Volksschulbildung die Homosexualität zu 27% als „sehr schlimm“ oder „ziemlich schlimm“, unter Befragten mit Abitur sind es 10%. Unter den über 60jährigen steht dem Wert von 55% auf seiten der Volksschüler ein Anteil von 36% auf seiten der Befragten mit Abitur gegenüber. Wenn es Personen gibt, die für eine „moralische Panik“ (Cohen 1972) und illiberale Maßnahmen anfällig sein könnten, dann sind sie nach wie vor die Personen in höherem Alter und niedriger Bildung.

Literatur

- AIDS-Nachrichten: AIDS-Fälle in der Bundesrepublik Deutschland, in: AIDS-Nachrichten aus Forschung und Wissenschaft, hg. vom AIDS-Zentrum des Bundesgesundheitsamtes, Nr. 2/1988, S. 8
- Allerbeck, K., 1976: Demokratisierung und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Sekundäranalyse von Umfragedaten 1953–1974. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Cohen, S., 1972: Folk devils and moral panics. The creation of mods and rockers. London
- Dannecker, M., 1988: Sexualität und AIDS, in: Zeitschrift für Sexualforschung, 1, S. 68–75
- EMNID, 1987: EMNID Informationen Nr. 10, S. 8–11
- Farrell, R. A., und J. F. Nelson, 1976: A causal model of secondary deviance: the case of homosexuals, in: The Sociological Quarterly, 17, S. 109–120
- Gallup Reports, 1988: No. 261, Nos. 268–269
- Geis, G., 1972: Not the law's business? An examination of homosexuality, abortion, prostitution, narcotics and gambling in the United States. Crime and Delinquency Issues. Rockville, Md.: National Institute of Mental Health
- Glenn, N. D., 1974: Aging and conservatism, in: Annals of the American Academy of Political and Social Science. S. 176–186
- Kaupen, W., H. Volks und R. Werle, 1970: Compendium of results of a representative survey among the German population on knowledge and opinion of law and legal institutions. Vervielfältigter Bericht, Köln: Arbeitskreis für Rechtssoziologie
- Koch, A., 1988: Einstellung zu AIDS: Erste Ergebnisse aus der allgemeinen Bevölkerungsumfrage (Allbus) 1988. Referat auf dem 24. Deutschen Soziologentag, Zürich 4.–7. Oktober
- Mannheim, K., 1964: Wissenssoziologie. Auswahl aus seinem Werk. Berlin/Neuwied: Luchterhand
- Noelle-Neumann, E., 1977: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie. 1976–1977, Bd. VII. Wien: Molden
- Parsons, T., 1951: The social system. Glencoe, Ill.: Free Press of Glencoe
- Pollak, M., 1986: Männliche Homosexualität – oder das Glück im Getto?, S. 55–79, in: P. Aries und A. Bajin, Hg., Die Masken des Begehrens und die Metamorphosen der Sinnlichkeit. Zur Geschichte der Sexualität im Abendland. Frankfurt/M.: Fischer
- Reiche, R., 1988: AIDS im individuellen und kollektiven Unbewußten, in: Zeitschrift für Sexualforschung, 1, S. 113–122
- Reuband, K. H., 1980: Sanktionsverlangen im Wandel. Die Einstellung zur Todesstrafe in der Bundesrepublik Deutschland seit 1950, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 32, S. 535–558
- Reuband, K. H., 1988: Von äußerer Verhaltenskonformität zu selbständigem Handeln. Über die Bedeutung kultureller und struktureller Einflüsse für den Wandel in den Erziehungszielen und Sozialisationsinhalten, S. 73–97, in: O. Luthe und H. Meulemann, Hg.,

- Wertwandel – Faktum oder Fiktion? Bestandsaufnahmen und Diagnosen aus kultur-soziologischer Sicht. Frankfurt/M./New York: Campus
- Reuband, K. H., 1989: Sicherheitspolitische Kenntnisse in der Bevölkerung – das Beispiel „Nachrüstung“. Über Informationsdefizite, Mobilisierungsfolgen und die Bedeutung des Wissens für die Einstellung zur Nachrüstung. Erscheint in: R. Steinweg, Red., Lehren aus der Geschichte? Historische Friedensforschung. Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Schmidt, G., 1988: Das große Der-Die-Das. Über das Sexuelle. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.